

Kempter Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kempten, Bad Schmiedberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kempten 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erfolgt jeder Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenpreise betragen bei einem Raum 15 Pfg., die Spaltenpreise bei einem Raum 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Saalend, zusätzlich Postgebühren. / Der Anzeigenentwurf vorläufig 10 Alfr., größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kempten, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 87

Dienstag, den 29. Juli 1930

32. Jahrg

Stromunterbrechung.

Zwecks Vornahme dringender Betriebsarbeiten fand am 29. und 30. Juli (Dienstag und Mittwoch) von 10—11 Uhr kein Strom abgegeben werden.

Desfall, den 26. Juli 1930.

14. September 1930.

Die deutsche Volk und der Deutsche Reichstag sind in den letzten zwölf Jahren vor so viele Entsetzungen von ungeheurer Tragweite gehüllt gewesen, daß der einzelne Staatsbürger von einem gewissen Abgesammler selbst gegenüber schicksalhaften Notwendigkeiten bestallen ist. Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes, wie wir sie jetzt durchleben müssen, begünstigen einen denkwürdigen Fatalismus. „Schlechte kann's nicht werden, mit ihm alles gleichgültig.“ Das ist die Grundstimmung von Tausenden, und aus dieser Stimmung heraus fällen sie die Reihen derer auf, die mit tönenden Phrasen auf die Unfähigkeit des Staates und seiner Organe, auf die Schwächheit der Menschen, auf die Finanzschwäche des internationalen Kapitals, auf die Verklammerung Deutschlands schimpfen und wettern, ohne selbst auch nur einen Finger zur Besserung der Verhältnisse zu rühren. Aus solcher Stimmung heraus werden Vorschläge zum Parlament nicht mehr zum politischen Belieben, sondern zum Ausdruck des Volkswillens, der Verärgerung, der Verzweiflung. Ah, es ist menschlich nur allzu verständlich, daß gerade jetzt Not und Sorge breiten Schichten des Volkes als Ratgeber aufdrängen, aber den Weg zur helfenden Tat führen solche Ratgeber niemals.

Der Mensch denkt an sich selbst zuerst, auch im öffentlichen Leben. Das ist ein Naturgesetz, über das man mit noch so idealen Floskeln nicht hinwegkommt. Deswegen ist es auch durchaus logisch, wenn im Kampf ums Dasein der einzelne Mensch und die einzelne Schicht ihre Interessen mit Nachdruck vertreten. Das ist ihr gutes Recht. Aber — und hier liegt das Entscheidende — es gibt kein einziges Recht, weder im Leben des einzelnen Menschen noch im Leben des Volkes, noch im Zusammenleben der Völker, das nicht seine Grenze fände an dem Mitbestehen der Rechte anderer und einer eigenen Pflicht. Darum darf und soll der einzelne seine eigenen Interessen wahrnehmen, aber er muß sie im letzten Grunde einordnen in den Bereich des Allgemeinwohlens. Niemand ist für sich allein auf der Welt, sondern nur als Glied einer Gesamtheit und einer zungangslosen Gemeinschaft. Wir sind kein Volk, das nur aus Arbeitern, nur aus Bauern, nur aus Handwerkern, nur aus Selbstbedienten, nur aus Industriellen besteht, und deswegen kann auch die Arbeit am Staats- und Volkswohl nicht fallmässig bei einer einzelnen Schicht. Sie muß, mit dem Blick auf das Staats- und Volksganze gerichtet, die einzelnen Interessen ausgleichen; vor allem in Zeiten der Not. Das bedingt Opfer und Verzicht für den einzelnen in so manchen Dingen. Daß wir nicht mehr fähig und willens sind, dies zu erkennen und die Folgerungen hieraus freiwillig zu ziehen, ist der Kraken der Mißverständnisse in unserem politischen Leben. Daselbst deutsche Volk, das im Kriege vier Jahre lang in allen seinen Schichten Opfer gebracht hat, wie sie die Weltgeschichte niemals sah, sollte wirklich nicht mehr fähig sein, durch vorübergehende Opfer und durch gegenseitige Rücksichtnahme der einzelnen Volksschichten aufeinander über eine Notzeit hinwegzukommen? Fast nicht es so aus. So geht es nicht weiter, bis hierher geht die Erkenntnis bei allen, aber wie helfe ich, wie trage ich zu einer Besserung bei? bis dahin lang'st's nur bei wenigen. Jaßen, hören und nachgeben soll immer nur der andere. So wird das politische Leben, so wird ein Wahlkampf zum Kampf aller gegen alle. So wird das Parlament nicht mehr der Ausdruck des Volkswillens, sondern das Spiegelbild des mangelnden politischen Willens, nicht mehr zum Instrument der Staatspolitik, sondern zum wirren Interessentauskauf.

Die Tragik des Jahres 1918 wäre über das deutsche Volk umfost gekommen, wenn der Wandel lediglich darin bestanden würde, daß der Partikularismus der Parteien abgelöst worden sei durch einen noch schlimmeren Partikularismus der Interessentencliquen, wenn die Monarchie nur abgelöst worden sein wollte durch die Diktatur der Parteien und nicht durch eine lebendige, im Volksgange ruhende und auf das Volksganze abgestimmte Demokratie. Partei, Gewerkschaft, Berufsorganisation sind nützlich und notwendig, aber sie sind niemals Selbstzweck, und Endzweck alles Handelns sind immer nur Volk und Staat.

Gelngt es, unser politisches Leben zu befreien vom Materialismus und vom Kapitalismus? Das ist die lange Frage bei den kommenden Reichstagswahlen. Es gibt unendlich viele im deutschen Volke, die meinen, wenn sich unser politisches Leben in Kapitalismus auflöst, kommt als Rettung die Diktatur. Nein, dann kommt etwas ganz anderes, dann kommt der Kampf aller gegen alle, das Chaos, die Revolution. Das deutsche Schicksal wird nicht gemeiert werden können durch einen starken Mann, sondern nur durch ein ganzes starkes Volk!

Die Notverordnung.

Deckungsunterlagen und Reformverordnungen.

— Berlin, 27. Juli.

Nach Beendigung der Kabinettsberatungen hat am Sonnabend der Reichspräsident die Notverordnung unterzeichnet, und sie ist noch vor dem Morgenabend veröffentlicht worden. Das Reichskabinett hat sich aber nicht auf den Abschluß der Notverordnung beschränkt, sondern schon vorhergearbeitet für Entwürfe, die im Laufe des nächsten Monats dem Reichstag zur Genehmigung werden sollen, darunter den Entwurf über die Neuregelung der Ruhegehälter.

Die Notverordnung enthält im wesentlichen die Deckungsunterlagen, die Kopfsteuer, daneben Bestimmungen über die Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, und sie schafft darüber hinaus die Möglichkeit stärkerer Eingriffe der Verwaltung auf dem Gebiet der Kartelle.

Man darf mit Vergnügen feststellen, daß die Beschlüsse des Kabinetts sehr weitgehend die Anregungen und Forderungen des Reichsfinanzministers Dietrich berücksichtigt haben. Das gilt sowohl für die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung und die Reform der Krankenversicherung, wie ganz besonders für die neue Fassung der Bürgersteuer und der Gemeindebeitragssteuer, in der die Notverordnung sich die demographischen Gesichtspunkte, die Reichsminister Dietrich vertreten hat, im wesentlichen zu eigen macht.

Besonders bedeutsam sind die Schritte, die die Notverordnung in der Richtung einleitet, einen Preisabbau zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke schafft die Notverordnung die Möglichkeit eines verschärften Vorgehens gegen Kartelle, Verbände und Vereinigungen, die ihre Marktstellung in ihrer Preispolitik mißbrauchen.

Gegenüber einer in ihren Zwecken sehr durchsichtigen Politik ist besonders zu betonen, daß auch die Diktate fast in ihrem ganzen Umfang gemäß dem Vorschlag in die Vorberatung aufgenommen worden ist. Der Abschluß eines Dauerkredites zwischen dem Reich und der Rentenbank-Kreditanstalt und die Verhandlungen mit der Reichskreditgesellschaft erleichtern die Bereitstellung der im Etat angeforderten 126 Millionen Mark.

Das Reichskabinett hat sich im Hinblick auf die schwere Wirtschaftskrise und ihre drohende Verschärfung entschlossen, sich nicht mit einem allernötigsten Notmaßnahme zu begnügen, sondern ein umfassendes Programm zur Lösung der Schwierigkeiten in Gang zu setzen, das auch durch entscheidende Erparungsmaßnahmen seiner Aufgabe gerecht wird und damit bereits die Einleitung der großen Finanzreform darstellt.

Preußens Hilfe für die Landwirtschaft.

Ein 100-Millionen-Programm der Staatsregierung.

— Berlin, 26. Juli.

Die preußische Staatsregierung hat die Initiative ergriffen, um die großen Nachteile für die Landwirtschaft auszugleichen, die sich aus der gegenwärtigen Zuschaltung des Reichstages und aus dem gefährdenden Charakter der augenblicklichen Reichsregierung ergeben. Die preußische Staatsregierung, die mit großer Sorge gesehen hat, daß durch die Reichstagsauflösung mit der Verabschiedung des Diktatesgesetzes das große Elend der Landwirtschaft überhand genommen ist, hat an die Reichsregierung mit dem offiziellen Angebot herangeraten, ihrerseits die Hilfe auszufüllen, die jetzt durch die eben fertiggestellte Verzögerung eingetreten ist.

Sie schlägt zur Ausschaltung aller förenden Unwirtschaftsfaktoren und zur sicheren Erreichung des notwendigen Zieles eine wirklich ausreichende Hilfe für die Landwirtschaft vor, daß die Umschuldungskredite im Sinne des Diktatesgesetzes bis zum Betrage von 100 Millionen Mark unter ihrem vollen Kreditlimit über die Preußische Zentralgenossenschaftskasse bis zum 31. Dezember 1931 zur Verfügung stellt. Die Reichsregierung soll die Verpflichtung eingehen, ihrerseits die Hälfte des Kreditlimites zu übernehmen, wenn sie wieder in der Lage ist, dies unter den dazu gehörigen geldlichen Voraussetzungen tun zu können. Der von der preußischen Regierung zur Verfügung gestellte Zwischenkredit soll spätestens bis zum genannten Termin des 31. Dezember 1931 durch einen langfristigen Kredit abgelöst werden. Der preußische Befördenapparat soll provisorisch für die Durchführung der Aktion eingeleitet und die einzelnen, besonders bedürftigen Persönlichkeiten sollen gemeinsam mit der Reichsregierung ausgewählt werden.

Die gefamte deutsche Öffentlichkeit wird zweifellos das preußische Initiativvorgehen lebhaft begrüßen. Hier wird

entgegen allen anderen in dieser oder jener Form vorgeschlagenen, rechtlich angreifbaren Möglichkeiten ein Vorgehen vorgezogen, das in der Tat sowohl dem Betrage nach ausreichende Mittel garantiert, als auch in der Art der Durchführung eine Gewähr für die zweckmäßige Verteilung und reiflos produktive Anlage der Gelder gibt.

Diese Regelung enthebt auch die öffentliche Hand der Notwendigkeit, für die Umschuldungskredite vorzuschußende Mittel aus dem Betriebsrisikofonds festzusetzen. Man kann diesen Fonds im Gegenteil dann so verwenden, wie es vor dem geplant war.

Es kann jetzt nur die Hoffnung ausgesprochen werden, daß möglichst schnell eine Einigung mit dem Reich erzielt wird, daß durch Zustimmung der Reichsregierung und gemeinsam mit ihr die Landwirtschaft möglichst schnell in den Genuß der Hilfe kommen wird, die die preußische Staatsregierung hier gut und wichtig anbietet. Im Mißverständnisse vorzugehen, wird aber ausdrücklich erwähnt, daß die preußische Staatsregierung nicht beabsichtigt, etwo der Reichsregierung Konkurrenz zu machen, sondern daß ihr Angebot lediglich von dem Wunsche diktiert ist, gemeinsam mit der Reichsregierung und in Uebereinstimmung mit ihr das beiden Regierungen auch gemeinsame Ziel zu erreichen.

Das Reich will führen.

Ablehnung des preußischen Diktates-Angebots.

— Berlin, 27. Juli.

Die Reichsregierung hat das Angebot der preußischen Regierung, 100 Millionen zur Inangeführung der Diktate über die Preußenfrage zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Die Reichsregierung hatte bereits Verhandlungen mit der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt über die Bereitstellung eines 50-Millionen-Kredites zu günstigeren Bedingungen und ohne zeitliche Begrenzung abgeschlossen. Außerdem sind noch Verhandlungen mit der Reichs-Kreditgesellschaft im Gange.

Die in den letzten Wochen unter Führung des Reichs-ergründungsministeriums mit den sonstigen zuständigen Stellen, insbesondere auch mit den preußischen Ressorts und den beteiligten Banken geführten Verhandlungen haben zum Ergebnis gehabt, daß auch die organisatorischen Maßnahmen zur Diktate so weit vorbereitet worden sind, daß sie alsbald in Wirksamkeit gesetzt werden können. Wie von der Reichsregierung betont wird, muß sich das Reich, das den Hauptteil der Verantwortung trägt, natürlich auch bei der Durchführung der Diktate die Führung und den ausreichenden Einfluß sichern. Leider werde dies nach den Erfahrungen, insbesondere auch der letzten Zeit, nicht ganz reibungslos gehen, da aus Ressort- und sonstigen partikularistischen Gründen, besonders von Preußen her, immer wieder versucht werde, den führenden Einfluß der Reichsregierung einzuschränken.

Weiterer Fehlbetrag der Reichsbahn.

252,4 Millionen Rm. Gesamteinnahmestausfall.

— Berlin, 26. Juli.

Der Güterverkehr auf der Deutschen Reichsbahn stellt sich im Juni wegen des anhaltend ungünstigen Standes der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft in mäßigen Grenzen. Der Frachtfähigkeit und Wagenladungsverkehr geht weiter zurück, besonders der Verkehr von Kohlen, Baustoffen, Kartoffeln und Getreide. Nach den vorläufigen Ermittlungen wurden arbeitsfähig im Juni nur 135 300 Wagen gestellt, d. h. 3 Prozent weniger als im Mai 1930 und 13 Prozent weniger als im Juni 1929. Die Güterleistungen im Güterverkehr haben im Juni gegen den Vormonat um rund 4 Prozent abgenommen. Ein beträchtlicher Teil von Güterwagen oder Güterzügen mußte mangels Beschäftigung abgestellt werden. Der Lastrückstand entzieht der Deutschen Reichsbahn weiter erhebliche Güterermengen, vielfach auch auf große Entfernungen.

Der Gesamteinnahmestausfall gegenüber dem Vorjahre stellt sich für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1930 auf 252,4 Millionen Rm. Auf der Ausgabe Seite wurden durch Einschränkungsmaßnahmen weitere 10 Millionen Rm. gegenüber dem Mai 1929 erpariert. Die Gesamtausgaben im Mai 1930 waren dennoch 41,6 Millionen Rm. höher als die Einnahmen, so daß sich der Fehlbetrag seit Beginn des Geschäftsjahres auf 150 Millionen Rm. erhöht hat.

Reichs-Waffennotverordnung.

Vor weiteren Beschlüssen des Reichskabinetts.

— Berlin, 26. Juli.

In einer ausgedehnten Ministerbesprechung wurde eine Notverordnung über ein Verbot des Tragens von Hand- und Stützfeuerwaffen durchberaten.

Die Anregung zum Erlaß einer solchen Notverordnung ist von Seiten der Länder, insbesondere Preußens, erfolgt. Bestimmungen dieses Charakters sind an sich Sache der Länder; doch scheint man sich darauf geeinigt zu haben, daß in Anbetracht der Wahlpropaganda, die diesmal mit einer ungewöhnlichen Lebhaftigkeit geführt zu werden verpicht, ein Reichs-Verbot und damit die Voraussetzungen der Anwendung des Art. 48 zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gegeben sei.

Ab Freitag in Kraft gesetzt.

Am Freitag wird mitgeteilt:

Infolge der Auflösung des Reichstages konnte das in Vorbereitung befindliche Gesetz gegen Waffennutzungs nicht

mehr eingebracht werden. Da das bewaffnete Auftreten von Organisationsräuber Partein in der letzten Zeit überherrscht hat und zu beständigen Kriegen führt, bedarf der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung heute den Gehörten auf Grund von Artikel 48 der Reichsverfassung als Verordnung in Kraft gesetzt.

Die Verordnung ist bis zum 1. April 1931 befristet und soll nach erfolgter Neuwahl unverzüglich dem Reichstag als Gesetzentwurf vorgelegt werden. Die Verordnung bedroht zunächst das unbefugte Führen von Feuer- und Schusswaffen mit Gefängnis bis zu einem Jahr, an dessen Stelle beim Vorliegen milderer Umstände Geldstrafen treten können. Der Kern der Verordnung ist jedoch eine weitere Sonderverpflichtung, die sich gegen das betrafene Auftreten politischer Verbände richtet.

Wer gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Das Abstrafelement dieser Sonderverpflichtung sind das bewaffnete Demonstrieren besteht darin, daß sie nicht nur für Feuer- und Schusswaffen, sondern für alle Waffen gilt, und daß die in ihr angeordnete Gefängnisstrafe nicht in Geldstrafe umgewandelt werden kann, so daß Zwangsmaßnahmen dieser Art tatsächlich mit Freiheitsstrafe geahndet werden müssen.

Wirtschafts- und Finanzfragen.

Die Beratungen des Reichstages über weitere Notverordnungen zur Regelung bringender Wirtschafts- und Finanzfragen, die im Reichsfinanzministerium bereits fertiggestellt wurden, werden ebenfalls erfolgen. In gutunterrichteten Kreisen glaubt man, daß auch entscheidende Punkte des Hilfsprogrammes in die Notverordnungen mit einbezogen werden. Dies dürfte einem besonderen Wunsch des Reichspräsidenten entsprechen. Die Durchführung der Verordnung würde bestimmte Ausführungsbestimmungen von preussischer Seite notwendig machen.

Im übrigen ist geplant, in die Notverordnungen die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen, die Koeffizient in etwas abgeändelter Form (mit sozialen Milderungen, erst durch Stufen) sowie die Gemeindegetränkesteuer. Die Arbeitslosenversicherung dürfte jedoch durch die Notverordnungen nicht erfaßt werden.

Wer wird Sowjetbotschafter?

Rykov oder Stomajakow.

Moskau, 27. Juli.

Rykov hat sich mit seiner Ernennung zum Botschafter in Berlin noch nicht einverstanden erklärt. Rykov wird, wenn er den Berliner Posten übernehmen sollte, selbstverständlich nicht in der Lage sein, an der Sitzung des Politischen Büros der Kommunistischen Partei teilzunehmen, und wird somit ausgeschaltet werden. Man erwartet daher, daß Rykov seine Ernennung als Botschafter in Berlin ablehnen und auch weiterhin in Moskau bleiben wird. Eine Entscheidung wird erst Ende dieser Woche getroffen.

Für den Fall, daß Rykov nicht nach Berlin gehen sollte, wird zum Vizebotschafter in Berlin das letzte Mitglied des Außenkommissariats der Sowjetunion Stomajakow ernannt werden, der in Moskau als besonderer Kenner der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gilt.

Stomajakow war früher Handelsvertreter der Sowjetunion in Berlin. Später wurde er zum Mitglied des Kollegiums des Außenkommissariats ernannt und leitete als Vorsitzender der russischen Abordnung verschiedene wirtschaftliche und politische Verhandlungen.

Hilfstruppen für das Saargebiet.

Verstärkungen in St. Amand und Jorbach

Saarbrücken, 27. Juli.

In dem jetzt vorliegenden Bericht der Finanzkommission des französischen Senats über das Heeresbudget wird auf in bemerkenswerter Weise zu der Truppenbesetzung im Saargebiet Stellung genommen.

Nach dem Modus für die militärische Besetzung aus dem Jahre 1928 besteht nämlich nur die Einrichtung von Unterstützungsgruppen, die auf französischem Gebiet liegen und welche die Regierungskommission unmittelbar zu Hilfe rufen kann.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rothberg.

81. Fortsetzung Nachdruck verboten

Da neigte sie das blonde Haupt. „Ich liebe Sie schon lange, lange.“

„Inge!“ — Der Name kam heiser vor Erregung von seinen Lippen. Er rief sie an sich und küßte sie heiß und leidenschaftlich, daß ihr erschauernd der Atem verging. Dann beherrschte er sich plötzlich und ließ sie aus seinen Armen.

Inges Augen waren geblendet. So entging ihr der Ausdruck von furchtbarer seelischer Qual, der sich plötzlich über sein schönes Gesicht breitete.

Er nahm ihre Hände von neuem in die seinen. „Ich muß Ihnen ein Geständnis machen. Wollen wir zu den Vätern da gehen?“

Ganz dicht saßen sie beisammen und er erzählte ihr alles, alles. Daß er, um des Erbes nicht ganz verlustig zu gehen, seine blinde Gattin geheiratet und daß er ihr nur wie ein Bräutigam nachgegangen, denn sie hätten sich gleich nach der Brautung getrennt. „Ich konnte nicht einmal ihren Aufenthalt, weißt du, wo und wie sie lebt. Ich habe danach gesucht in den letzten Monaten, denn ich will frei sein. Ich wollte frei sein, wenn ich Sie nicht wiederah. Und dann wollte ich um mein Glück werden. Sind Sie nun nicht erschrocken über den verheirateten Mann, der gemagt hat, Sie zu küssen? Bereuen Sie mir, Inge, geliebte Inge.“

„Wang fragend blickte seine Augen an ihrem Gesicht. Da lächelte sie leise. „Wir beide haben unrecht getan, denn auch ich bin ja verheiratet.“

Er sprang auf. „Inge, mein Gott, so ist es wahr, Sie sind gebunden? Also doch, so hatte Wendor recht. Nun sind wir uns ewig verloren!“ sagte er schmerzhaft und sah in ihre trüben Gesichtszüge. Dann kam ihm plötzlich ein Er-

Die Verstärkungsgruppen, die auf Anforderung der Regierungskommission des Saargebietes zur Verfügung gestellt werden, besteht aus zwei Infanteriebatalionen, die in St. Amand und Jorbach liegen; eine Abteilung Baktruppen in Mörchingen ist dazu bestimmt, im Falle der schnellen Transport dieser Einheiten von ihren Garnisonen in das Saargebiet zu verbürgen.

Boykott deutscher Waren?

Estland und die deutschen Butterjölle.

Reval, 27. Juli.

Der estländische Minister des Äußeren hat den deutschen Gesandten zu sich gezothen, um mit ihm eingehend über die bevorstehende Erhöhung des deutschen Butterzölles zu beraten, wobei der Minister besonders auf die Erregung hinwies, die in interessierten Kreisen angesichts der Spezialabkommen zwischen Deutschland und Finnland in Estland besteht.

Das „Raemalsh“ bezeichnet das finnlandisch-deutsche Abkommen direkt als eine Verletzung des estnisch-deutschen Handelsvertrages und als eine Umgehung der auch in diesem Abkommen gestellten Weißbegünstigungsbestimmungen, die in der Geschichte einzig dastehen. Auch das Blatt des Bauernbundes, „Kaja“, fordert den Boykott der deutschen Waren und die Einstellung der Entschädigungsverhandlungen.

Wieviele werden noch folgen?

Nummernfolge der Wahlvor schläge.

Berlin, 27. Juli.

Auf Grund der 5. Änderungsverordnung zur Reichsreformordnung hat der Reichsminister des Innern für die Reichswahlvor schläge der Parteien, die Abgeordneten in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu denen sich abgeordnete des letzten Reichstages bekannt haben, die Nummernfolge festgelegt.

- Es führen die Nummern:
1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
 2. Deutschnationale Volkspartei.
 3. Zentrum.
 4. Kommunistische Partei.
 5. Deutsche Volkspartei.
 6. Deutsche demokratische Partei.
 7. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).
 8. Bayerische Volkspartei.
 9. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung).
 10. Christlichnationaler Bauern- und Landvolkpartei.
 11. Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung).
 12. Deutsche Bauernpartei.
 13. Landbund.
 14. Deutsch-hannoversche Partei.
 15. Sächsisches Landvolk.
 16. Volkshilfsvereinsvereinigung.
 17. Christlichsozialer Volksdienst.

Reichswahlvor schläge von Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben und zu denen sich auch Abgeordnete des letzten Reichstages nicht bekannt haben, erhalten die an die Nummernfolge des Reichsministers des Innern weiter anstehenden Nummern in der Reihenfolge, wie die Reichswahlvor schläge beim Reichswahlleiter eingehen.

Englands Kampf um Wahlreform.

Vorläufig kein Ergebnis.

London, 27. Juli.

In den Verhandlungen, die zwischen der Arbeiterpartei und der Liberalen Partei mit dem Ziele einer Unterfertigung des Rabbinets Macdonald durch die Liberalen geführt wurden, hat die Frage einer Reform des englischen Wahlrechts eine bedeutende Rolle gespielt.

Die Liberalen haben als Preis für eine tätige Unterstützung der Arbeiterregierung in wichtigen sozialen Fragen die Einführung des Verhältniswahlrechts gefordert, aber diese grundsätzliche Forderung steht bis in so hartem Widerspruch zu den Anschauungen der Arbeiterpartei, daß Kompromisse nicht möglich waren und daß selbst ein Kompromiß in der Richtung auf die Einführung der sogenannten Alternativstimme nicht zustande zu bringen war.

Weltrevolution als Ziel.

Stimson über die Sowjetrepublik.

Moskau, 27. Juli.

Der neuernannte Außenminister Stimson gab vor der Auslandspresse Erklärungen über die Außenpolitik der Sowjetunion ab. Er sagte, seine Ernennung zum Außenminister werde keinen Wechsel in der Außenpolitik der Sowjetunion mit sich bringen. In einem Bande, in dem unter der Diktatur des Proletariats die Arbeiter und Bauern voll und ganz über die Macht verfügten, werde die Außenpolitik nur durch ihren Willen bestimmt.

Die Grundlage jeder Außenpolitik der Sowjetunion bildeten die Grundzüge der Oktoberrevolution. In der Beteiligung der Erregungsdosen der Revolution ohne Störung durch Einmischungen von außen und durch militärische Interventionen kapitalistischer Staaten erblicke die Sowjetregierung ihre Hauptaufgabe.

Das erste Ziel sei gegenwärtig die Durchführung des sozialistischen Aufbaues. Man müsse dabei bedenken, daß die Sowjetunion sich in einer Ausnahmestellung befinde, da sie allein ein sozialistischer Staat, aber überall von kapitalistischen Ländern umgeben sei. Diese Tatsache dürfe nicht übersehen werden.

Deshalb wünsche die Sowjetregierung friedliche Beziehungen zu allen auswärtigen Staaten. Jeder dieser man nicht unerschrocken lassen, daß gewisse kapitalistische Gruppen eine sowjetfeindliche Propaganda trieben, um die Wirtschaftsbeziehungen fremder Staaten zur Sowjetunion zu stören. Stimson sprach seine Überzeugung aus, daß alle diese Versuche „genaufer Staaten“ Mißerfolg erliden würden.

Jede sowjetfeindliche Propaganda bringe auch dem Ausland Schaden, da eine Behinderung der Einfuhr sowjetischer Waren eine Minderungs einer Einschränkung auch der sowjetischen Kaufkraft in diesen Ländern zur Folge haben müsse. Die Sowjetunion sei stets zu Verhandlungen bereit über gemeinsam interessierende Fragen. Zum Schluß erklärte Stimson, daß die Sowjetregierung besonders aufmerksam die Entwicklung in einigen Nachbarländern verfolgen werde, in denen das Anwachen der chauvinistischen Bewegung eine Gefahr für den Weltfrieden und für die guten Beziehungen dieser Länder zur Sowjetunion darstelle.

Kleine politische Meldungen.

Schiele tritt zur Landvolk-Partei über. Reichsminister Schiele hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. Er beschließt, der Landvolk-Partei beizutreten.

Der neue Rektor der Berliner Universität, für das Rektoratsjahr 1930/31 hat die Friedrich-Wilhelm-Universität den Geh. Konf. Rat Dr. Dr. Dr. Adolf Desjmann zum Rektor der Universität gewählt.

Außenpolitische Aussprache im Unterhaus. Bei Beratung des Haushalts des Außenministeriums im Unterhaus am Dienstag wurde die Konfessionen von der Regierung eingehende Erklärungen über die Lage in Ägypten und Rußland verlangt.

Voranschlägig 40 Todesopfer.

Birachs Beleid zur Koblenzer Katastrophe.

Koblenz, 26. Juli.

Am Nachmittag wurde vom Taucher erneut ein Beleid geborgen. Es handelt sich um ein Messer, das dem Taucher der Taucher legt die Bergungsergebnisse.

Die Zahl der Vermisstenmeldungen beträgt zur Zeit 18. Besonders gelacht wird ein Einwohner aus Altschiffenburg, namens Georg Galland. Er hat sich auf zur Zurückzahlung seines Rußlandes aus dem Galtspause entfernt, um der Beleidigung bezuzumöhen.

Zwei Vermisstenmeldungen sind als ernsthaft anzusehen, so daß die Zahl der Toten insgesamt 40 betragen dürfte.

Der ehemalige französische Quartiermeister für das belegte Gebiet, Birach, hat anlässlich der Katastrophe in Koblenz an den ehemaligen Reichskommissar Freiherrn von Langwerth von Simmern und an den Oberbürgermeister von Koblenz Beleidigungstelegramme gerichtet, in denen er seine aufrichtige Teilnahme ausdrückt und darum bittet, den Angehörigen der Opfer sein Beleid zu übermitteln.

Spende Preußens für Koblenz.

Namens der preussischen Staatsregierung hat der preussische Finanzminister der Staatsverwaltung in Koblenz einen Betrag von 20 000 M. zur Milderung der Not der von dem Bräunungslid Betroffenen bezw. deren Hinterbliebenen durch den Regierungspräsidenten in Koblenz übermitteln lassen. Bislang kommt die Spende der Reichsregierung in Höhe von 20 000 Mark, die des Reichspräsidenten mit 10 000 Mark und die des Großindustriellen Kildner mit 10 000 Mark.

„Inge, Wendor hat mir erzählt, Sie küssen oft das Bild eines deutschen Offiziers. So lieben Sie ihren Gatten?“

Karl lang die goldene Stimme ihm entgegen: „Ich liebe meinen Gatten, habe ihn immer geliebt, schon als ich noch ein Kind war.“

Er wurde totschlief.

Jutta reichte ihm das Schmutztuch und sagte: „Es enthält das Bild meines Mannes. Wollen Sie mir das Bild meines Mannes. Wollen Sie mir das Bild meines Mannes. Wollen Sie mir das Bild meines Mannes.“

„Ehe er recht zur Bestimmung kam, war sie davon überzeugt. Er sah ihr nach und es flirrte in ihm. Auch sie hatte kein Herz, der sein Leben gehörte. Von ihr kam er nicht mehr los, ihre betörende Stimme hielt ihn bezaubert. Es brannte ihm in der Sand, das Schmutztuch mit dem Bildnis des andern. Am liebsten hätte er es weit von sich geschleudert. Aber dann bemerkte er, daß sie, er wollte tun, wie die geliebte Frau ihm geheißen.“

Mit großen Schritten ging er dem Hause zu.

„Jutta sah am Fenster ihres Zimmers. Es war dümmlich in dem traurigen, eleganten Raum. Amittens desselben brannte ein einziges Kerze in Form einer riefenden roten Flamme. Jutta warnte in ungeduldrer Sinnigkeit und Liebe auf das, was kommen mußte. Ein Saugchen war in ihr. So also liebte er. So heiß und leidenschaftlich, wie sie es in ihren kühnen Träumen nicht gekannt. Wie war doch alles in Erfüllung gegangen, was die verstorbenen mütterliche Freundin ihr prophezeit! Was würde nun geschehen?“

Da — — — die Tür wurde aufgerissen, eine hohe Gestalt stand auf der Schwelle. Die federnden Wimmerungen durchdrangen den Raum. Dann fanden sie die Gestalt am Fenster.

Erschlagen schloß die Tür.

Dann fand er mit ein paar großen Schritten vor ihr. In der rechten Hand hielt er das geöffnete Medaillon.

„Inge,“ heiser lang seine Stimme, „welch Spiel treibst du? Die Wahrheit will ich jetzt!“

Seine Brust arbeitete in ungeheurer Erregung und das schöne, brünnliche Haar glänzte unter einer furchterweckenden Ausstrahlung. Die Augen auf seiner Stirn waren dicht geworden.

Jutta stand auf. Bangsam kam sie auf ihn zu.

Erschlagen er fragte noch einmal: „Was soll das, mein Bild als Hosenoffizier befindet sich hier drinnen. Du aber sagst mir, es enthalte das Bild meines Gatten, den du liebst.“

„Da richtete Jutta ihre zarte Gestalt hoch auf. „Ich habe dich nicht betrogen, Karl Heinz.“

Erschlagen horchte auf. Es kam ihm unheimlich bekannt vor, dieses „Karl Heinz“.

„Er fragte noch einmal: „Wie soll ich das verstehen?“

„Ich bin Jutta von Egingen, deine Frau.“

„Er taumelte zurück. „Der bist du? Wartet mich nur alle, alle. Ja, jetzt habe ich wirklich meinen Verstand verloren! Inge, sprich nicht länger, was soll das alles heißen? Jutta ist blind; du aber bist schön und anmutig und deine Blicke Augen haben mich bezaubert. Daß Jutta aus dem Spiel.“

„Sie wich zurück. „Du glaubst mir nicht? Glaube mir, Karl Heinz, ich war, was ich ist, als ich dich das Schmutztuch ausgereicht. Es sollte endlich Klarheit werden was ich bin.“

„Du bist Jutta? Es ist ja nicht möglich! Dann bist du ja mein geliebtes Weib und nichts hindert uns, glücklich zu sein.“

„Er rief sie in seine Arme und küßte sie und sie erwiderte seine heißen Küsse. Dann tollte er wie ein übermütiger Junge durchs Zimmer.“

„Jutta, kleine Jutta, ist das wirklich wahr? Ich verweise ja noch meinen Verstand. Jutta, meine geliebte Frau!“

„Er trug sie wie ein Kind auf seinen starken Armen zum Dimer. Dann triete er vor ihr nieder und sie umschlang seinen Kopf.“

(Schluß folgt.)

Ergreifende Feier in Koblenz. Die Ehrung der Toten.

Koblenz, 27. Juli.

Koblenz beging einen Trauertag, wie er in der Geschichte der Stadt wohl einzig dastehet. Die Fahnen, die seit dem Unglückstag auf Halbmaße wehen, waren mit schwarzem Trauerflor umhüllt. Die Straßen zeigten nicht das lebendige Leben und Treiben. Überall sah man schwarzgekleidete Menschen, die an der Trauerfeier teilnehmen wollten. Die Geschäfte schlossen um die Mittagszeit, und kurze Zeit darauf begannen die Aufmärsche der Teilnehmer an der Trauerfeier. Etwa hundert Vereine mit ihren Fahnen haben sich daran beteiligt. Schulkinder bildeten in den Straßen, durch die der Zug zum Friedhof führte, Spalier. Die Vereine geleiteten an der Spitze des Zuges die Toten von der Telegraphen-Kaserne aus ein Stück weit und stellten sich dann zur Spalierbildung auf beiden Seiten der Straße auf. Die Fahnenordnungen marschierten mit den Leichnamswagen auf den Friedhof.

Die Toten waren in der Turnhalle der Telegraphen-Kaserne aufgebahrt, und den Bewohnern von Koblenz war Gelegenheit gegeben, in langem Trauerzug an den Toten vorbeizugehen. Viele tausend Personen haben diesen Weg gemacht. Am Vornach hielt Bischof Dr. Bornemann von Trier in der mit Trauerflor ausgelegten Herz-Jesu-Kirche ein feierliches Pantheistatium ab. Die Kirche war lange vor Beginn der Feier überfüllt. In dem langen Zuge der Geistlichen sah man auch Abordnungen der Köpfer Maria Cich und Ehrenbreitstein. Oberpräsident Dr. Fuchs, die Sitten der Behörden sowie das gelamte Stadtkollegium von Koblenz und die Bürgermeister der Gemeinden, in denen die auswärtigen Toten ihren Wohnsitz hatten, nahmen an der Feier teil.

Ueber 2000 Tote in Italien.

Die Aufräumungsarbeiten im Erdbebengebiet.

Rom, 26. Juli.

Die Zahl der Todesopfer des Erdbebens hat sich nach den neuesten Meldungen auf über 2000 erhöht.

Die Krankenhäuser in der Umgebung des Erdbebengebietes beginnen sich mit Verletzten zu füllen. Der Zugverkehr ist noch sehr erschwert, da einige Bahnhöfe zerstört und mehrere Brücken beschädigt worden sind. Der Personenverkehr wird jedoch nach Möglichkeit aufrecht erhalten. Man versucht, den Zustrom von Unberufenen in das Erdbebengebiet zu verhindern. Dennoch streben zahlreiche Personen in ihre Heimatorte, um nach ihren Angehörigen zu forschen.

Bisher sind auf dem kleinen Ortsfriedhof in Melfi 20 Opfer beigelegt worden. Da der Friedhof aber nur noch wenige Gräber aufnehmen konnte, wurden 210 Leiden mit einem Zuge nach Potenza geschickt.

Das Beileid der Reichsregierung.

Aus Anlaß des Erdbebenunglücks in Süditalien hat Reichsaussenminister Dr. Curtius in Berlin an den italienischen Botschafter das nachstehende Beileidsschreiben geschrieben:

„Ich erhebe mit aufrichtigem Bedauern die Nachricht von dem großen Erdbeben in Süditalien, das so vielen Ihrer Verdienste Leben und Gesundheit gekostet hat. Ich darf sicher erwarten, daß das deutsche Volk, selber in Verlebtheit über zwei verhängnisvolle Heimjüngungen, durch das föderale Ereignis tief erschüttert ist und an der Trauer der Süntaten eine würdige teilnahme, festhalten mit Eere und Erennung gleichzeitig. Die Anteilnahme der Reichsregierung an dem schweren Unglück beruht auf Ausdruck zu geben.“

Entlassungen bei Siemens.

Kein Eingreifen des Arbeitsministeriums.

Berlin, 27. Juli.

Der Siemens-Konzern hat in seinen Berliner Werken einen Anschlag herausgegeben, durch den er bekannt gibt, daß der schärfste Geschäftsverkehr die Leitung zwingt, zehn Prozent sämtlicher Angestellten zu kündigen. Vorerst sollen Verhandlungen mit den Angestellten stattfinden, die eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Gehälter zum Ziele hätten. Erst nach dem Scheitern dieser Verhandlungen sollen die Kündigungen ausgeführt werden.

Dieser Anschlag hat begriffliche Aufregung verursacht. Man hat die Frage aufgeworfen, ob nicht das Reichsarbeitsministerium sich für die Beilegung des drohenden Konflikts einlegen könne. Dieses hat jedoch aus föderlichen Gründen seine Möglichkeit, einzugehen. Es hat sich bei den Verhandlungen vor der Bekanntmachung des Anschlages darauf bedacht, die Anforderungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu kennen. Die Frage, ob es zünftig ist, gleichzeitig mit der Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Gehaltsverminderung vorzunehmen, sei vom Arbeitsgericht zu entscheiden. Man glaubt jedoch, daß das Reichsarbeitsministerium seine Stellungnahme öffentlich bekanntgeben wird.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 28. Juli 1930

* Am gestrigen Sonntag nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr mußte hier ein Albatros-Flugzeug der Fliegerakademie Braunshweig auf den Wiesen hinter dem Friedhof notlanden. Der Führer, ein Flugschüler, konnte seine Abfahrt in Leipzig zu landen, nicht durchführen, da über Leipzig Gewitter mit Hagel niederging. Das in der hiesigen Gegend stehende Gewitter veranlaßte zur Landung, die ohne Unfall ca. 3 Meter vor einem Graben erfolgte. Der Weiterflug soll am Montag erfolgen.

* **Manöverleben.** Heute vormittag zogen 2 Schwadronen des Reiter-Regiments 7 aus Breslau mit Musik durch unser Städtchen, von denen die 4. hier Quartier bezogen hat. Der Abmarsch der Truppe erfolgt morgen früh. Wie wir hören soll bei Preßitz ein Überlager über die Elbe erfolgen. Die Musikkapelle veranstaltet im Hotel Blauer Heger ein Konzert, dem sich ein Tanztruppchen anschließt. Außerdem findet in der goldenen Weintraube ein Wanderverball statt.

Vitterfeld, 24. Juli. (Unbekannt eingediebt.) Seit dem 25. April wurde der 27jährige Kaufmann Kurt Herrmann aus Vitterfeld vermißt. Er hatte sich in einem Unfall von Schwermetall aus seiner elterlichen Wohnung entfernt. Alle Nachforschungen nach ihm blieben teils ohne Erfolg. Jetzt erlöhnen die Eltern durch Zufall, daß ihr

Sohn in Dessau als Leiche aus der Mulde geborgen und als unbekannt eingediebt worden ist (!). Erkundigungen bei den umliegenden Polizeibehörden hatten nicht zur Feststellung der Persönlichkeit des Toten führen können. Am Hand von zurückgebliebenen Kleidungsstücken des Toten stellten die Eltern fest, daß es sich beim Eingefahren um ihren Sohn handelt.

Tesfen. Ein Taschentuch wurde von einem Angler hier aus der Elbe gefischt. Das Tier hat etwa die Größe einer Hand und ähnelt im Körperbau einer Spinne. Der Taschentuch ist in den deutschen Flüssen äußerst selten. Merkwürdig ist der Gang des Tiers, der nicht, wie üblich bei den Krebsen, rückwärts, sondern seitlich gerichtet ist.

Röhren. Die vier im Kreise Röhren bisher noch betriebenen Ziegeleien haben bei der Regierung die Genehmigung zur Stilllegung ihrer Betriebe beantragt. Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse ist diesem Antrag stattgegeben worden, und die Schließung erfolgt bereits am 24. d. Mts. Zur Entlassung kommen etwa 120 Arbeiter. Dazu kommen noch etwa 60 Arbeiter von zwei ländlichen Ziegeleien, die gleichfalls stillgelegt werden. Bei der Feststellung der Abgabeverhältnisse hat sich ergeben, daß die Gütertauglichkeit fast gänzlich fehlt.

Löwenberg. (Auf der Straße erblindet.) Der beim Gastwirt Ernst in Seidenborn zu Besuch weilende Uhrmacher Hugo Weidmayer aus Dresden wurde auf der Chaussee Seidenborn-Löwenberg unheimlich getroffen. Er war nur auf der Straße plötzlich erblindet und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

2023485

Die größten Butterproduzenten.

Deutschland an zweiter Stelle.

Jährliche Buttererzeugung in 1000 dt.



Die Lohnführungen der Angestellten bei Mansfeld

Halle. Die Mansfeld A.-G. Eiselen hat jetzt mit der Angestelltenverbänden, die die verlangte Lohnführung abgelehnt hatten, eine Vereinbarung erzielt. Die Gehälter sind in ähnlichem Maße herabgesetzt worden, wie dies auch für die Arbeiter bei der Verhandlung im Reichsarbeitsministerium erfolgt ist. Die Vereinbarung gilt bis Ende dieses Jahres.

Mitteldeutschland treibt West-Ost-Propaganda

Halle. Bekanntlich haben sich im Raume Kassel-Halle-Beizna Dresden-Breslau fast sämtliche größeren Städte und Verkehrsverbände zu einer West-Ost-Verbindung zusammengeschlossen, um für den mehr als tausend Jahre alten Kultur- und Verkehrsverkehr durch das Herz Mitteldeutschlands zu werben. Die Arbeitsgemeinschaft hat nunmehr ein zwölfseitiges Reichsblatt herausgebracht. Es ist von den Werktätigen der Stadt Halle entworfen und bringt in meisterhaft bildlicher Darstellung den Gedanken dieser Querverbindung zum Ausdruck, und zwar einmal durch seine sehr gute Bilderdarstellungen einzelner besonders beteiligter Städte, z. B. von Halle, der „Stadt der Burgen“, Eiselen, der „Lutherstadt“, oder von Leipzig, der „Stadt des Buches und der Musik“, zum anderen auch ausgezeichnete knappe Erläuterungen mit typischen Landschafts- und Stadtbildern.

Halle. Ein tüchtiger „Krankenfahnderektor.“ Eine Revision in der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse ergab, daß der hietvorretende Direktor K. S. in den letzten Jahren sich 3500 RM Gehalt zuviel hat ausbezahlt lassen. Er hatte sich einfach ohne die Zustimmung der Aufsichtsbörde in eine höhere Gehaltsklasse einrangiert, was gehörte der KPD an.

90 Jahre halleische Eisenbahn

Halle. Anfang August sind es 90 Jahre her, seit die hietvorretenden nach Leipzig und Magdeburg befahren werden. Ende Juli 1840 fand die feierliche Einweihung der ersten Eisenbahnstrecke von Halle nach Magdeburg statt, der bald darauf, am 18. August 1840, die Eröffnung der Strecke nach Leipzig folgte. Von diesem Tage an wurde der regelmäßige Eisenbahnverkehr Maadeburg-Halle-Leipzig aufgenommen.

Eiselen. 254 Bürgermeistereiandidaten. Nicht weniger als 254 Kandidaten haben sich um die hietliche Bürgermeisterei beworben. Der bisherige Bürgermeister Fießer leitete bekanntlich sein Amt im Zusammenhang mit dem Arbeitsamtsstand in Eiselen niedergelegt.

Konfession eines Verkehrsflugzeuges

Brandereide. Infolge Maschinenchadens mußte das Verkehrsflugzeug D 1029 in der Brandereide für auf einem Weizenfeld notlanden. Die fünf Flugschüler begaben sich im Auto nach Naumburg, von wo aus sie die Reise nach Frankfurt fortsetzten. Nach Behebung des Schadens konnte das Flugzeug wieder aufsteigen.

Hohenmölsen. Tragödie einer Gemütskrankheit. Die Ehefrau Hedwig W. in H. hat sich in ein Feuerwerk in Hohenmölsen für vor dem Nachmittagszug nach Corbeha. Die Unglückliche wurde schwer verletzt. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Der Grund zur Tat dürfte Schwermut sein.

Schmerz (Salzfrei). In eine Gruppe Radfahrer hineingefahren. Auf der Landstraße Schmerz-Garfeld fuhr ein Motorradfahrer an einer Begleitung in eine Gruppe junger Leute, die auf ihren Rädern ohne Licht fuhren. Ein junges Mädchen aus Döberitz erlitt schwere Hautabschürfungen und einen rechten Unterarmbruch.

Delikt. Bestrafung abgelehnt. Ein schmerz Verlesener, der glücklicherweise keine Menschenleben forderte, erregte sich für vor dem Dorf B. in der Nähe, wo ein Kraftfahrzeug aus P. in die Nähe einer Kurve ins Schleudern geriet. Der Motorradfahrer durchbrach ein Brückengeländer und stürzte etwa drei Meter tief ab. Die Brückengeländer legte sich dem Vorderreifen auf den Motorwagen und blies mit den Hinterrädern an der Brücke hängen. Der Kraftfahrzeugführer und das Begleitpersonal konnten sich nach rechtzeitig durch Abwippen in Sicherheit bringen.

Berlin. Nord oder Unglücksfall? Der 70jährige Geschäftsleiter Krauß des Waffengeschäfts Sauer & Sohn in der Jägerstraße wurde von dem Kaufmann von Jeringer erschossen. Angeblich soll der Schuh beim Hanfieren mit einer Pistole losgegangen sein. Die Polizei nahm von Jeringer in Schutzhaft, da man einen Selbstmordverdacht bestärkte.

Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten

Dingelstädt (Eichsfeld). Nationalsozialisten aus Mühlhausen hielten hier im Thüringer Hof eine Versammlung ab. Während diese ruhig verlief, kam es am Schluß, als die Nationalsozialisten Zeitungen unter den Subdren verzeilen wollten, zu einer Schlägerei mit anwesenden Reichsbannerleuten. Biergläser, Tisch- und Stuhlbeine dienten als Waffe, Fenster wurden eingeschlagen, und in kurzer Zeit schied der Saal ein Trümmerhaufen. Die Polizei drängte die Reichsbannerleute aus dem Saal und führte die Straße, während die Nationalsozialisten bis zur Rückfahrt nach Mühlhausen im Saal verbleiben mußten. Auf beiden Seiten gab es Leicht- und Schwerverletzte.

Unre Schulfahrt nach Potsdam.

Das Kinderfest, worauf wir uns lange gefreut haben, liegt hinter uns. Eine noch größere Freude für uns Kinder war die geplante Fahrt nach Potsdam. Lernen wir doch dadurch wieder ein Stück Heimat kennen. Mit 2 Postautos und einem Anhänger fuhren wir am 18. Juli früh 6 Uhr vom Markttag weg. Es war ausgezeichneter Wetter. Wir fuhren durch Wittenberg, über Kropitz, Peitz bis zu dem Seebiner Seen. Hier machten wir eine Stunde Rast. Wir verzehrten gemütlich unser wohlgeschmecktes Frühstück. Rechts und links umarmten uns 2 große Seen. In unserm Wagen waren nur Mädchen. Alle, die in der Schule gelehrten Marchlieder wurden gelungen. 1/10 Uhr landeten wir auf dem Luisenplatz, wo uns der Führer Dielemann, Onkel Emil genannt, in Empfang nahm. Wir gingen zur Verichtigung des Maujoleums. Im Vordergrund erfaschten unsere Augen den segnenden Christus, außerdem die aus einem Block Marmor gebaute Mosesgruppe. Alsbad begaben wir uns zur Orabapelle. Hier lagen Kaiser Friedrich und seine Gemahlin begraben. Weiter ging durch prachtvolle Lindenalleen in den Park von Sanssouci. Das emporgangene Schloß ließ Friedrich II. erbauen. Zum Schloße empor zählten wir 132 Stufen. Rechts und links waren schöne Anlagen. Von oben sahen unsere Augen die große Fontäne mit Goldbrücken. Auf der Treppe wurde eine photographische Aufnahme gemacht. Von hier aus hatten wir einen schönen Ausblick. Unsere Augen begegneten verschiedenen Figuren, deren Namen ich nicht alle sagen konnte. Wir gingen in den Siziannischen Garten, worin schöne Auslandsbäume fanden. Durch einen Laubengang schritten wir zur historischen Mühle. Von weiten sahen wir das Orangerehäus. Hier sollen im Winter die Orangenbäume Aufnahme finden. Es würde zuviel, wenn ich die Namen der Gebäude nennen wollte. Dann schritten wir zum Tempel, wo die Ruhestätte der letzten Kaiserin ist. Nun ging es weiter zum neuen Palais. Dieses ist ein kunstvoll gebautes Gebäude. Doch als wir hineintraten, war unser Staunen noch größer. Es machte uns viel Spaß, als wir in die Pilsantonten schlüpfen mußten. Zunächst betrat wir den Wuschelkaal. Er war lebenswert mit seinen vielen kostbaren Möbeln und Kristallen. Dann durchwanderten wir den Konzertsaal, Spielplatz, das Musikzimmer mit dem wertvollen Kulte. Ausbann ging es in den Theateraal. Man sagte uns, die Bühne soll so groß sein, wie im größten Theater. Auch den Schallaal und das Bibliothekszimmer haben wir uns an. Unsere Augen erblickten zu viel. Wir legten die Wanderung nach dem Wildpark fort. Hierbeist machten wir eine Mittagspause. Es gab viel Vergnügen. Papagei und Affen sorgten für Unterhaltung. Auch war ein Spiegel das, der stark und klein machte. Wir mußten am meisten lachen, wenn sich unsere Lehrer und besonders Herr Börner davor stellten. Als wir uns gelabt hatten, fuhren wir nach der Garsfontäne. Es war gerade 3 Uhr, und so hörten wir auch das Glockenspiel an „Lobe den Herrn“. Von hier aus gingen zu Fuß nach der Dampferstation. Bis jetzt war schönes Wetter! Nun legte der ungerungesehene Regen ein. Leider mußten wir nun unter Dampferpartie im Regen unternehmen, aber das Dampferbad kühlte uns. Wir fuhren nach Wannsee, an der Fraueninsel vorbei. Hier sahen wir wohl den großen Vödelstrich, aber die Vödeln fehlten. Links und rechts fuhren an uns die schnellen Motorboote vorbei, während unzählige Segelboote in den Buchten vor Anker lagen. In Wannsee angekommen mußten wir feststellen, daß sich das Wetter nicht besserte. So bestiegen wir die Autos und traten die Heimfahrt an. Trotz schlechten Wetters hatten wir doch viel Spaß. In Treuenbrietzen machten wir noch einmal kurze Rast. Glücklich vor Freude kamen wir in Remberg an. Wir wollten nicht vergessen, unsere Eltern und Lehrern, die uns diesen schönen Tag gegeben, Dank auszusprechen. — Es war schön!
Liesbeth Nicolaus.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landeskirche Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Bürgeraal Prediger Westermann-Wittenberg.

Hierzu wird herzlichst eingeladen

Mein
Sommer-Saison-Ausverkauf

beginnt am **Dienstag, den 29. Juli**
und dauert bis **Montag, den 11. August 1930**

Große Posten Waren gelangen weit unter Preis zum Verkauf!
Besonders reiche Auswahl in **fertiger Damen- und Kinder-Kleidung** zu weit herabgesetzten Preisen.

Damen-Mäntel

Damen-Kleider, aus Muslin und Kunstseide, Hauskleider, indanthrenfarbig
Wollene Damenkleider, Tanz-Kleider, Kinder-Kleider
Schürzen aller Art, Damenhemden und andere Wäschestücke

Kleiderdrucks, indanthrenfarbige Kleiderstoffe, Musline, Kunstseiden
Seidenstoffe verschiedener Art und andere Kleiderstoffe sowie allerlei Reste

Herren- und Knaben-Anzüge, Windjacken, Gummi-Mäntel
Hemdenluche, weiße u. bunte Bettzeuge, Barchente, Betttücher
Handtücher, Tischzeuge, Wischtücher Taschentücher
und verschiedenlei andere Waren

Um mein Lager in Sommer-Waren möglichst zu räumen, gebe ich auf den größten Teil dieser Waren — soweit nicht schon im Preise herabgesetzt — während des Saison-Ausverkaufs **10% Rabatt**

Wilhelm Weydanz

Hotel „Blauer Hecht“

Heute abend 8 Uhr
groß. Militär-Konzert
Ausgeführt von der Kapelle des Reiter-Regt. 7
Nach dem Konzert: **Manöverball**

Mein großer

Saison-Ausverkauf

beginnt am
Dienstag, den 29. Juli 1930.

Es kommen
große Warenposten
zu
enorm billigen Preisen
zum Verkauf.



Durch Großeinkauf mit über 900 Kaufhäusern und Geschäften größte Preiswürdigkeit

Otto Wildau, Kemberg
Manufaktur- und Modewarenhaus

Zuchthahn
Rhodeländer, dunkelrot, auf Schönheit und Leistung gezeichnet, wegen Nachzucht billig zu verkaufen
Frau **Stabsveterinär Wendt**
Junge Hunde
zu verkaufen
Mühlstraße 10 a

Frühes fettes
Hammelfleisch
empfiehlt **Louis Richter**
Eine gut erhaltene
Reinigungs-Maschine
verkauft ganz billig
Weißwange, Rotta

Prima frisches
Hammelfleisch
empfiehlt **Swald Ballmann**
Frühes Hammelfleisch
empfiehlt **Ernst Bachmann**

Dienstag früh
frischer Schellfisch
in Eispackung
Paul Mierhschte
Garten-Sauerkirschen
gibt noch billig ab
Weier, Dübener Straße
Eine Kuh mit Kalb
zu verkaufen
Wittenberger Neumarkt 8

Goldene Weintraube
Montag, den 28. Juli, von abends 8 Uhr ab
groß. Manöverball
wofür freundlichst einladet
E. Schüze

Außerordentlich niedrige Angebote
bringt mein diesjähriger
Grosser Saison-Ausverkauf
Beginn morgen Dienstag, den 29. Juli.
Ganz besonders billig:
Voiles - Musseline - Wollstoffe
Waschseiden- und Voile-Kleider von Mark **3,50** an
Knaben- und Herren-Konfektion
als:
Knaben-Anzüge von Mark 3,— an
Jünglings- und Männer-Anzüge von Mark 15,— an
Windjacken von Mark 7,50 an
Gummi-Mäntel von Mark 7,50 an
Knaben- und Jünglings-Winter-Ulster von Mark 12,— u. 16,— an
Herren-Winter-Ulster von Mark 18,— an
August Schulze, Kemberg, Markt 2

Einen Morg. Hafer auf dem Salm, am Schützenhaus, verkauft umständehalber sofort
Richard Zeller.
Zur Anfertigung einfacher und eleganter Damengarderobe
empfiehlt sich
Frieda Harnisch
Schneidermeisterin
Zerbster Pferdemarkt-Lotterie
1 Los 3,— RM.
zu haben bei **Richard Arnold, Buchdruckerei**

Bürger-Verein
Morgen Dienstag, abends 1/9 Uhr im Ratsteller
Bersammlung
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand
Gewerbe-Verein
Die den Mitgliedern zugestellten Formulare (Anträge zur Grundsteuerermäßigung) sind **bis Ende dieser Woche** beim Vorsitzenden **R. Arnold** ausgefüllt abzugeben.
Der Vorstand

Saison-Ausverkauf
bei
Paul Mengewein, Kemberg



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Sandorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Sale höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Kündigung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 Zeilen oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenbreite 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbegabe unentgeltlich. Geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10, — M., das Ausland, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 87

Dienstag, den 29. Juli 1930

32. Jahrg

Stromunterbrechung.

Zwecks Vornahme dringender Betriebsarbeiten kann am 29. und 30. Juli (Dienstag und Mittwoch) von 10—11 Uhr kein Strom abgegeben werden.

Dejau, den 26. Juli 1930.

14. September 1930.

Die deutsche Volk und der Deutsche Reichstag sind in den letzten zwölf Jahren vor so viele Entsetzungen von ungeheurer Tragweite gesteckt worden, daß der einzelne Staatsbürger von einem gewissen Abgumpfschein selbst gegenüber schicksalhaften Notwendigkeiten befallen ist. Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes, wie wir sie jetzt durchleben müssen, begünstigen einen derartigen Fatalismus. „Schlechte kann's nicht werden, mit mir alles gleichgültig.“ das ist die Grundstimmung von Tausenden, und aus dieser Stimmung heraus füllen sie die Reihen derer auf, die mit tönenden Vätern auf die Unfähigkeit des Staates und seiner Organe, auf die Schließtheit der Menschen, auf die Zinsneuschicht des internationalen Kapitals, auf die Verflüchtung Deutschlands schimpfen und wettern, ohne selbst auch nur einen Finger zur Besserung der Verhältnisse zu rühren. Aus solcher Stimmung heraus werden Vahlen zum Parlament nicht mehr zum politischen Bekenntnis, sondern zum Ausdruck des Volkswillens, der Verkörperung, der Verwirklichung. Ah, es ist menschlich nur allzu verständlich, daß gerade jetzt Not und Sorge breiten Schichten des Volkes als Ratgeber aufdrängen, aber den Weg zur Helfenden Tat führen solche Ratgeber niemals.

Der Mensch denkt an sich selbst zuerst, auch im öffentlichen Leben. Das ist ein Naturgesetz, über das man mit noch so idealen Floskeln nicht hinwegkommt. Deswegen ist es auch durchaus logisch, wenn im Kampf ums Dasein der einzelne Mensch und die einzelne Schicht ihre Interessen mit Nachdruck vertreten. Das ist ihr gutes Recht. Aber — und hier liegt das Entsetzende — es gibt kein einziges Recht, weder im Leben des einzelnen Menschen noch im Leben des Volkes, noch im Zusammenleben der Völker, das nicht seine Grenze fände an dem Mitbestehen der Rechte anderer und einer eigenen Pflicht. Darum darf und soll der einzelne seine eigenen Interessen wahrnehmen, aber er muß sie im letzten Grunde einordnen in den Bereich des Allgemeinwohles. Niemand ist für sich allein auf der Welt, sondern nur als Glied einer Gesamtheit und einer zwangsläufigen Gemeinschaft. Wir sind kein Volk, das nur aus Arbeitern, nur aus Bauern, nur aus Handwerkern, nur aus Selbstbedienten, nur aus Industriellen besteht, und deswegen kann auch die Arbeit am Staats- und Volkswohl nicht haltmachen bei einer einzelnen Schicht. Sie muß, mit dem Blick auf das Staats- und Volksganze gerichtet, die einzelnen Interessen ausgleichen; vor allem in Zeiten der Not. Das bedingt Opfer und Verdienst für den einzelnen in so manchen Dingen. Daß wir nicht mehr fähig und willens sind, dies zu erkennen und die Folgerungen hieraus freiwillig zu ziehen, ist der Hauptgrund der Mißerfolgs in unserem politischen Leben. Dasselbe deutsche Volk, das im Kriege drei Jahre lang in allen seinen Schichten Opfer gebracht hat, wie sie die Volksgeschichte niemals sah, sollte wirklich nicht mehr fähig sein, durch vorübergehende Opfer und durch gegenseitige Rücksichtnahme der einzelnen Volksschichten aufeinander über eine Notzeit hinwegzukommen? Fast nicht es so aus. „So geht es nicht weiter.“ bis hierher geht die Erkenntnis bei allen, aber, wie heißt ich, wie trage ich zu einer Besserung bei? „bis dahin langt's nur bei wenigen. Zahlen, sparen und nachgeben soll immer nur der andere. So wird das politische Leben, so wird ein Wahlkampf zum Kampf aller gegen alle. So wird das Parlament nicht mehr der Ausdruck des Volkswillens, sondern das Spiegelbild des mangelnden politischen Willens, nicht mehr zum Instrument der Staatspolitik, sondern zum wirren Interessententauschen.

Die Tragik des Jahres 1918 wäre über das deutsche Volk umsonst gekommen, wenn der Wandel lediglich darin bestanden würde, daß der Parlamentarismus der Parteien abgelöst worden sei durch einen noch schlimmeren Parlamentarismus der Interessententauschen, wenn die Monarchie nur abgelöst worden sein würde durch die Diktatur der Parteien und nicht durch eine lebendige, im Volksganzen ruhende und auf das Volksganze abgestellte Demokratie. Partei, Gewerkschaft, Berufsorganisation sind nützlich und notwendig, aber sie sind niemals Selbstzweck, und Endzweck alles Handelns sind immer nur Volk und Staat.

Gelingt es, unser politisches Leben zu befreien vom Materialismus und vom Radikalismus? Das ist die bange Frage bei den kommenden Reichstagswahlen. Es gibt unendlich viele im deutschen Volke, die meinen, wenn sich unser politisches Leben in Radikalismus auflöst, kommt als Rettung die Diktatur. Nein, dann kommt etwas ganz anderes, dann kommt der Kampf aller gegen alle, das Chaos, die Revolution. Das deutsche Schicksal wird nicht gemeinert werden können durch einen starken Mann, sondern nur durch ein ganzes hartes Volk!

Die Notverordnung.

Deckungsunterlagen und Reformverordnungen.

Berlin, 27. Juli.

Nach Beendigung der Kabinettsberatungen hat am Sonntagabend der Reichspräsident die Notverordnung unterzeichnet, und sie ist noch vor dem Wochenende veröffentlicht worden. Das Reichskabinett hat sich aber nicht auf den Abschluß der Notverordnung bekräftigt, sondern schon vorgearbeitet für Entwürfe, die im Laufe des nächsten Monats dem Reichsrat zugeleitet werden sollen, darunter den Entwurf über die Neuordnung der Ruhegehälter.

Die Notverordnung enthält im wesentlichen die Deckungs-



Preußens Hilfe für die Landwirtschaft.

Ein 100-Millionen-Programm der Staatsregierung.

Berlin, 26. Juli.

Die preußische Staatsregierung hat die Initiative ergriffen, um die großen Nachteile für die Landwirtschaft auszugleichen, die sich aus der gegenwärtigen Ausschaltung des Parlaments und aus dem geldschädligsten Charakter der augenblicklichen Reichsregierung ergeben. Die preußische Staatsregierung, die mit großer Sorge gesehen hat, daß durch die Reichsregierung die große Hilfskraft für die Landwirtschaft verpaßt worden ist, ist an die Reichsregierung mit dem offiziellen Angebot herangetreten, ihrerseits die Lücke auszufüllen, die jetzt durch die eben festgestellte Verzögerung eingetreten ist.

Sie schlägt zur Ausschaltung aller störenden Unisicherheitsfaktoren und zur Förderung der Erreichung des notwendigen Zieles einer wirklich ausreichenden Hilfe für die Landwirtschaft vor, daß sie Umschuldungskredite im Sinne des Offiziellgesetztes des großen Hilfszweckes für die Landwirtschaft verpaßt worden ist, ist an die Reichsregierung mit dem offiziellen Angebot herangetreten, ihrerseits die Lücke auszufüllen, die jetzt durch die eben festgestellte Verzögerung eingetreten ist.

entgegen allen anderen in dieser oder jener Form vorgeschlagenen, rechtlich angreifbaren Möglichkeiten ein Vorgehen vorzuschlagen, das in der Tat insofern dem Betrage nach ausreichende Mittel garantiert, als auch in der Art der Durchführung eine Gewähr für die zweckmäßige Verteilung und reiblos produktive Anlage der Gelder gibt.

Diese Regelung enthebt auch die öffentliche Hand der Notwendigkeit, für die Umschuldungskredite vorübergehende Mittel aus dem Betriebssicherheitsfonds festzulegen. Man kann diesen Fonds im Gegenteil dann so verwenden, wie es vormals geplant war.

Es kann jetzt nicht die Hoffnung ausgesprochen werden, daß möglichst schnell eine Einigung mit dem Reich darüber erzielt wird, daß durch Zustimmung der Reichsregierung und gemeinsam mit ihr die Landwirtschaft möglichst schnell in den Genuß der Hilfe kommen wird, die die preußische Staatsregierung hier gut und wichtig anbietet. Im Mißtrauen vorzugehen, wird aber ausdrücklich erwähnt, daß die preußische Staatsregierung nicht beabsichtigt, eine der Reichsregierung Konkurrenz zu machen, sondern das ihr Angebot lediglich dem Wunsch bittet, gemeinsam mit der Reichsregierung und in Uebereinstimmung mit ihr das beiden Regierungen auch gemeinsame Ziel zu erreichen.

Das Reich will führen.

Ablehnung des preußischen Offizien-Angebots.

Berlin, 27. Juli.

Die Reichsregierung hat das Angebot der preußischen Regierung, 100 Millionen zur Inangabe der Offizien über die Dreifachrate zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Die Reichsregierung hatte bereits Verhandlungen mit der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt über die Bereitstellung eines 50-Millionen-Kredits zu günstigeren Bedingungen und ohne zeitliche Begrenzung abgeschlossen. Außerdem sind noch Verhandlungen mit der Reichs-Kreditgesellschaft im Gange.

Die in den letzten Wochen unter Führung des Reichs-erfassungsministeriums mit den sonstigen zuständigen Stellen, insbesondere auch mit den preußischen Reichs- und den beteiligten Banken geführten Verhandlungen haben zum Ergebnis gehabt, daß auch die organisatorischen Maßnahmen zur Offizien so weit vorbereitet worden sind, daß sie schon in nächster Zeit in Kraft treten können. Wie von der Reichsregierung betont, muß sich das Reich, das den Hauptteil der Verantwortung trägt, natürlich auch bei der Durchführung der Offizien die Führung und den ausreichenden Einfluß sichern. Leider werde dies nach den Erfahrungen, insbesondere auch der letzten Zeit, nicht ganz reibungslos gehen, da aus Reichs- und sonstigen paritätischen Gründen, besonders von Preußen her, immer wieder versucht werde, den führenden Einfluß der Reichsregierung einzuschwächen.

Weiterer Fehlbetrag der Reichsbahn.

252,4 Millionen Rm. Gesamteinnahemsausfall.

Berlin, 26. Juli.

Der Güterverkehr auf der Deutschen Reichsbahn hielt sich im Juni wegen des anhaltend ungünstigen Standes der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft in mäßigen Grenzen. Der Frachttarif- und Wagenladungsverkehr ging weiter zurück, besonders der Verkehr von Kohlen, Baustoffen, Karottenseln und Getreide. Nach den vorläufigen Ermittlungen wurden arbeitsfähig im Juni nur 133 300 Wagen gestellt, d. h. 3 Prozent weniger als im Mai 1929. Die Leistungen im Güterverkehr haben im ganzen gegen den Normarat um rund 4 Prozent abgenommen. Ein beträchtlicher Teil von Güterwagen oder Gattungen mußte mangels Beschäftigung abgestellt werden. Der Lastrafvermögen entzieht der Deutschen Reichsbahn weiter erhebliche Gütermengen, vielfach auch auf große Entfernungen.

Der Gesamteinnahemsausfall gegenüber dem Vorjahre stellt sich für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1930 auf 252,4 Millionen Rm. Auf der Ausgabe Seite wurden durch Einfrierungsmaßnahmen weitere 10 Millionen Rm. gegenüber dem Mai 1929 erpariert. Die Gesamtausgaben im Mai 1930 waren dennoch 41,6 Millionen Rm. höher als die Einnahmen, so daß sich der Fehlbetrag seit Beginn des Geschäftsjahres auf 150 Millionen Rm. erhöht hat.

Reichs-Waffennotverordnung.

Vor weiteren Beschüssen des Reichstages.

Berlin, 26. Juli.

In einer ausgedehnten Ministerbesprechung wurde eine Notverordnung über ein Verbot des Tragens von Stief- und Stiefmänteln durchberaten.

Die Anregung zum Erlass einer solchen Notverordnung ist von Seiten der Länder, insbesondere Preußens, erfolgt. Verordnungen dieses Charakters sind an sich Sache der Länder; doch scheint man sich darauf geeinigt zu haben, daß in Anbetracht der Wahlpropaganda, die diesmal mit einer ungewöhnlichen Lebhaftigkeit geführt zu werden vertritt, ein Reichs-Erlass und damit die Ausweitung für die Anwendung des Artikels 48 zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gegeben sei.

Ab Freitag in Kraft gesetzt.

Amlich wird mitgeteilt:

Infolge der Auflösung des Reichstages konnte das in Vorbereitung befindliche Gesetz gegen Waffenmißbrauch nicht